

GRÜNPOL

Rundbrief zu aktuellen Themen

Keine Hinterbänkler

Von Philipp Schoch, Landrat & Präsident Grüne BL



Im Landrat ist es kalt. Nicht nur weil aus Spargründen die Heizungen gedrosselt wurden, sondern weil auch der politische Wind rauer wurde. Rot/Grün ist bekanntlich im Baselbiet eine Minderheit (33 Sitze von 90). Bei der Budgetdebatte im Dezember 2004 demonstrierte die bürgerliche Mehrheit ihre Macht. Und strich zum Beispiel beim Personal bedeutende Mittel aus dem Budget. Trotzdem der Regierungsrat ja auch bürgerlich dominiert ist, setzten CVP, FDP und SVP noch einen oben drauf und strichen wichtige Posten aus dem Budget. Die Regierungsparteien machen so gegen sich selber Opposition. Wir protestierten vergeblich gegen diese Kürzungen (die Medien berichteten), wir unterlagen in den meisten Punkten.

Oft ist es schwierig sich als Minderheit zu platzieren, aber wir kämpfen hart und können doch auch gewinnen. Es ergeben sich manchmal Konstellationen welche für ökologische und soziale Anliegen eine Mehrheit schaffen. Beispielsweise können wir bei Naturschutzfragen im Wald immer auf die Bauern und einige freisinnige zählen. Oder die CVP macht manchmal bei sozialen Fragen mit und so kommen wichtige Mehrheiten zustande. Wir versuchen auch immer wieder Einfluss auf die politische Agenda im Rat und in den Kommissionen zu nehmen. Die Grünen machen als kleinste Fraktion im Landrat sehr viele Vorstösse zu verschiedensten Themen. Die Vorstösse sind unter www.gruene.ch/bl oder www.bl.ch abrufbar. Im Parlament kennt man die Grünen und in der Öffentlichkeit werden wir wahrgenommen, wird sind sicherlich keine Hinterbänkler (wir sitzen alle in der ersten Reihe). Die Tribüne des Landrates ist an den Sitzungen jeweils offen und die Fraktion freut sich über Besuch im Parlament oder in der Mittagspause zum Essen im Restaurant Mühleisen in Liestal.

Die Jungen Grünen Nordwest seit der Gründung

Von Simon Trinkler, Junge Grüne Nordwest, Basel



Im Sommer des vergangenen Jahres trafen sich erstmals Junge Grüne der Nordwestschweiz zu einer gemeinsamen Sitzung. Dort wurde beschlossen gemeinsame Sache zu machen und eine neue regionale Partei zu gründen.

Deshalb wurden Statuten verfasst die am 30. Oktober, dem Gründungsdatum inkrafttraten. Im November machten wir erstmals mit einer Standaktion auf uns aufmerksam, indem wir für die Regierungsratskandidatur von Guy Morin und Eva Herzog und mit einem grossen Transparent und Flyers für uns warben.

Um unsere anti-Offroader Kampagne zu lancieren zogen wir kurz nach Neujahr in einer Nacht los, um Kleber mit frechen Sprüchen die auf die Problematik der Offroader aufmerksam machen, auf die Scheiben von Offroadern zu kleben. Momentan planen wir einige Standaktionen an denen wir Unterschriften für unsere anti-Offroader Petition sammeln werden.

Seit kurzer Zeit ist endlich eine erste Version unserer Homepage, die sich allerdings noch im Aufbau befindet aufgeschaltet worden. Auf der Homepage können unsere News abgerufen, sowie Petitionsbogen und weiteres Material bezogen werden.

Im neuen Jahr möchten wir ein Junges Grünes Fest veranstalten und weiterhin mit Standaktionen auf den Strassen präsent sein.

Weitere Informationen erhältst du unter www.nordwest.jungegruene.ch oder info@nordwest.jungegruene.ch

Aufbau im Kosovo – Bericht und Gedanken

Von Christoph Baumann, lic.phil.Geograf, Projektberater der Caritas Schweiz und „Sonderkorrespondent“ der Grünen BL im Kosovo



Eröffnung der Berufsschule in Gjakova am 1.11.2004

Einer Schulleitung beim Aufbau und Betrieb einer teil-autonomen, effizienz- und praxisorientierten sowie innovativen Berufsschule in Gjakova (Kosovo) beratend zur Seite zu stehen, ist die überaus spannende Aufgabe, die mir Caritas Schweiz aufgebürdet hat. Die Diözese Basel als Hauptspenderorganisation hat Caritas beauftragt, für den Bau des Schulhauses, die Ausstattung mit Mobiliar und Laboratorien sowie die Weiterbildung der Lehrkräfte und der Schulleitung zu sorgen, während die Stadt Gjakova für Betrieb und Unterhalt zuständig ist (sein sollte). Nach schweizerischem Modell sollten erstmals in Kosovo Schüler als Lehrlinge mit praktischer Arbeit bei lokalen Unternehmen ihre Fertigkeiten anwenden und verbessern können. Anfang November 2004 konnten im neu gebauten Institut die ersten vier Pilotklassen empfangen werden - wenige Tage nachdem ich über das lokale Radio Lehrer zur Bewerbung aufforderte. Mittlerweile funktioniert der Betrieb recht ordentlich, die überwiegend weiblichen Lehrkräfte geben ihr Bestes um die Jugendlichen auf den harten Berufsalltag vorzubereiten – in einer Region mit 80% Arbeitslosigkeit. Doch die Probleme sind immens: Wie findet man beispielsweise Lehrstellen, nachdem die Wirtschaft in der ehemaligen Industriestadt mit dem Krieg gänzlich Schiffbruch erlitt? Wie kann eine zunächst noch staatliche Schule fast ohne staatliche Unterstützung (modern) betrieben werden? Wer bezahlt das Heizöl, die Schulbücher, die Wächter?



Christoph Baumann, 2.v.l. freut sich, wenn die SWISSCOY ihm die Feldpost aus der Schweiz bringt.

Beruflich und persönlich ist der Kosovo eine echte Herausforderung, die auch meine grüne Prinzipientreue

auf eine harte Belastungsprobe stellt. Die brennenden Fragen, über die man hier in der kalten Dunkelheit der abendlichen Stromunterbrüche gerne reflektiert: Wurde ich zum bedingungslosen Kapitalisten, weil ich die vom Sozialismus gewaschene Schulleitung mit immer radikaleren Pro-Kapitalismus-Voten zur Generierung von Einkommen auffordere? Was soll man von der UNO halten, die den Kosovo verwaltet, aber jegliche positive Entwicklung – auch diejenige der Berufsschule - unterbindet, Zorn und Demotivierung der verarmten Bevölkerung heraufbeschwört und letztlich auch mich als „Internationalen“ zur Zielscheibe macht? Ist es eine Erfolgsmeldung, wenn endlich einer von vielen Schülern eine Lehrstelle findet – bei einer Hormonbeladenen Tierfabrik? Ist es richtig, beharrlich auf einer nachhaltigen Entwicklung zu bestehen, solange jeder danach strebt, den morgigen Tag zu finanzieren? Darf man von industriellem Wachstum träumen? Wie grün bin ich, wenn Politiker zum Konsum lokaler Produkte aufrufen und ich es als Glücksgefühl erachte, importiertes Treibhausgemüse am Strassenrand vorzufinden, da ja nichts produziert wird? Und letztlich die Frage aller Fragen: Was denken die Grünen von mir, wenn ich zugebe, dass ein Teil meiner Arbeit die Beratung eines Auto-Elektriker-Lehrgangs beinhaltet und ich deshalb versuche, die westliche Auto-Industrie für Investitionen zu gewinnen? Ja, zuckrig ist diese Entwicklungszusammenarbeit nicht. Aber wenn vielleicht doch einige Ziele erreicht werden, zum Beispiel die Schaffung einiger Arbeitsplätze oder die berufliche Förderung von Frauen, dann wird sich die intellektuell-ideologische Schlacht im Kopf allemal gelohnt haben.



Im Klassenzimmer mit den KV-Lehrlingen

Übrigens wurden die Lehrgänge nach einer „Markt“-Studie errichtet. Neben Landwirtschaft und Auto-Elektrik werden derzeit auch eine kaufmännische Ausbildung und ein Lehrgang in Informationstechnologie angeboten. Weitere Curricula bereite ich für den Herbst vor. Die Schule freut sich über jede Form von Unterstützung, sei es in Form von Lehrmitteln, Dokumentationsmaterial, Maschinen, Pflüge und Traktoren, Werkzeuge, Laboratorien, Praktikaplätze im Baselbiet, eine kleine Sporthalle usw. und ich über jede bereichernde Idee für die Berufsschule in der tristen Stadt der Beckenlandschaft östlich des von Landminen verseuchten Grenzgebirges zu Albanien.

Christoph Baumann
Postadresse: c/o Caritas, SWISSCOY, CH-00599 Militär
christ_baum@yahoo.com, Tel. +377 44 120 342

Live aus der Session:

Von Maya Graf, Nationalrätin Grüne BL



Drinnen die Frühlingssession der eidgenössischen Räte, draussen noch immer tiefer Winter. Dafür haben wir Frauen am 8. März zum Tag der Frau von der frisch gewählten Nationalratspräsidentin Therese Meyer eine weisse Rose bekommen. Es ist erst das zweite Mal in der Geschichte des Bundesstaates, dass ein Nationalratspräsident vorzeitig zurücktreten und eine zweite Wahl stattfinden muss.

Die aktuelle Session behandelt einige für die Grünen wichtige Geschäfte wie die Krankenkassen Prämienverbilligung für Kinder, die Initiative für faire Kinderzulagen und die Anbindung ans europäische Eisenbahnnetz. Bei der Prämienverbilligung in der Krankenversicherung ging die Mehrheit des Nationalrates leider nicht so weit, wie die Grünen gefordert hatten: es sollen nur 50% der Krankenkassenprämien für Kinder bis 18 Jahre durch die Prämienverbilligung übernommen werden. Wir Grüne forderten mehr Solidarität mit den Familien und hatten vorgeschlagen, übrigens wie die Kantonsregierungen auch, Kinder ganz und Jugendliche bis zur Hälfte von den Krankenkassenprämien zu entlasten. Diese Entlastung hätte unbürokratisch und schnell allen Familien gedient. Bei der Anbindung ans europäische Hochleistungs-Eisenbahnnetz konnten die Grünen dafür zusammen mit der Mehrheit für einen echten Ausbau des Anschlusses der Ost- und Westschweiz stimmen. Die Initiative „für faire Kinderzulagen“ von Travail.Suisse und unterstützt von der Grünen Partei wird in den nächsten Tagen im Rat zur Diskussion stehen. Die Initiative verlangt nach dem Prinzip - ein Kind eine Zulage - eine Kinderzulage von mindestens 450 Franken, die Finanzierung soll durch Bund und Kantone und durch Beiträge der Arbeitgeber erfolgen. Der Bundesrat und die Mehrheit der vorberatenden Kommission lehnt die Initiative ab, es liegen verschiedene Kompromissvorschläge auf dem Tisch. Wieder einmal werden dann sicher alle Parteien hier drinnen feierlich erklären, dass sie für Familienpolitik und für die Entlastung von Familien sind, aber..... nicht jetzt und nicht so! In der letzten Fragestunde musste Bundesrat Deiss zudem zu einem Strauss von Fragen der Grünen zum umstrittenen Umzonungsprojekt in Galmiz Stellung nehmen. Bundesrat Deiss hat mit dem Pharmakonzern Amgen über Steuererleichterungen verhandelt, versicherte uns aber, nichts versprochen zu haben....!

Wir Grüne bleiben dran! Am 3. April hat das Aktionskomitee Galmiz zu einer Kundgebung vor Ort aufgerufen! Sicher ist bis dann der Schnee weg und auf diesem fruchtbaren Landwirtschaftsland „im grossen Moos“ spriessen die ersten Gemüsesetzlinge.

Offen herumliegender Basler

Chemiemüll

Aus der Fragestunde des Nationalrates vom 7.3.2005

Frage von Maya Graf:

Seit vier Jahren wissen sowohl die französischen Behörden wie die Basler Chemiefirmen Novartis, Syngenta und Ciba SC, dass im grenznahen Elsass 45-jähriger Chemiemüll offen im Wald herumliegt. Der Chemiemüll ist nach neusten Analysen hochgiftig und bildet nach Angaben der Umweltbehörden beider Basel eine akute Gefahr für Mensch und Umwelt. Gleichzeitig ist das Grundwasser verschmutzt und das Trinkwasser der Schweizer Grenzgemeinden Allschwil und Schönenbuch gefährdet. Auf öffentlichen Druck wurde in diesen Tagen eine Konvention zwischen F-Behörde und Basler Chemie unterzeichnet, doch weder eine Sicherung des Geländes, eine schnelle Entsorgung des offenen Giftmülls noch konkrete Sanierungsschritte wurden veranlasst. Es wird weiterhin auf Zeit gespielt, was unbegreiflich ist. Daher möchte ich dem Bundesrat folgende Frage stellen:

Ist der Bundesrat bereit, direkt mit dem französischen Umweltministerium in Paris Kontakt aufzunehmen, um die unhaltbaren Zustände der offenen Chemiemülldeponien in Le Letten, Roemisloch und weiteren endlich zu beenden? Welche weiteren Möglichkeiten sieht er, damit die Totalsanierung all dieser Deponien in der ganzen Region Basel nun endlich schnellstmöglich durchgeführt wird?

Antwort von Bundesrat Moritz Leuenberger:

Die Basler Chemische Industrie hat zwischen 1957 und 1960 geschätzte 10 000 bis 30 000 Tonnen Chemieabfälle in die grenznahen Deponien Roemisloch, Le Letten und Saint-Louis transportieren lassen. Die kürzlich unterzeichnete Konvention zwischen der chemischen Industrie und der französischen Republik bildet für die in der Interessengemeinschaft Deponiesicherheit Regio Basel zusammengeschlossenen Chemiekonzerne eine rechtliche Grundlage für Untersuchungen, allfällige Sanierungen und Sofortmassnahmen. Aufgrund der Verlautbarung der Interessengemeinschaft vom 28. Februar dieses Jahres gehen wir davon aus, dass bis spätestens Ende April dieses Jahres die seit 45 Jahren herumliegenden gefährlichen Abfälle an der Oberfläche der Deponien erfasst und entsorgt sind. Aus diesem Grund sieht der Bundesrat zurzeit keine Veranlassung, beim französischen Umweltministerium zu intervenieren. Das Buwal hat 2002 von der Basler Chemischen Industrie eine Gesamtplanung für die Untersuchung und Sanierung von Deponien mit Abfällen in der Region Basel verlangt. Diese realistische Gesamtplanung sieht eine stufenweise Untersuchung von elf solcher Deponien bis ins Jahr 2007 vor. Es hiess, bis Ende 2004 sollen für alle betroffenen Deponien die Untersuchungsergebnisse vorliegen. Aufgrund dieser Ergebnisse werden die französischen Behörden im Einzelfall entscheiden können, ob nach französischem Recht eine Sanierung notwendig ist und welche Massnahmen allenfalls zu ergreifen sind. In der Konvention sind zudem eine Koordination mit den Behörden beider Basler Kantone sowie eine regelmässige Information der Öffentlichkeit vorgesehen. Wir werden uns laufend informieren lassen, ob diese Versprechen

eingehalten werden. Im Weiteren sollen bis Ende 2006 die Untersuchungen auf schweizerischem und bis Ende 2007 jene auf deutschem Staatsgebiet abgeschlossen sein.



Frage von Maya Graf:

Herr Bundesrat Leuenberger, ich möchte Ihnen für die ausführliche Antwort danken und auf Ihre erste Antwort zurückkommen. Sie haben gesagt, es sei abgemacht, dass dieser offen herumliegende Chemiemüll - er ist hochgiftig - bis Ende April entfernt wird. Es ist eine Tatsache, dass die chemische Industrie in Basel seit vier Jahren weiss, dass dort Chemiemüll offen herumliegt, und dass bis heute eben nichts gemacht wurde. Diese Konvention wurde jetzt auf grossen Druck der Öffentlichkeit unterschrieben. Darum meine Frage: Was tut der Bundesrat, wenn nun die Zeit bis Ende April verstreicht und wieder nichts getan wird? Denn ich denke, man kann wirklich nicht mehr länger warten.

Antwort von Bundesrat Moritz Leuenberger:

Es wurde vereinbart, dass bis Ende April diese Erfassung und Entsorgung erledigt sein werden. Wir gehen davon aus, dass diese Vereinbarung eingehalten wird. Würde sie nicht eingehalten, dann ist klar, dass man auf die Einhaltung pocht. Mit welchen Mitteln man das tun würde, lasse ich jetzt noch offen. Aber im Prinzip gilt: Eine Vereinbarung ist einzuhalten.

Zum Vormerken:

**Am 8. Juni 2005 kommt
die Grüne
Bundeshausfraktion
auf Besuch ins Baselbiet
nach Sissach**

www.regioproduct.ch

Eine neu aufgeschaltete Website mit Adressen und Infos für ökologische Regioproducte und Dienstleistungen aus der Nordwestschweiz.

- Bio direkt ab Regiohof [Bauernbetriebe](#)
 - Jurakäse [Fromagerie und Dorfchesi](#)
 - Région Bâle Grand Cru? [Biowinzer](#)
 - Wilde Pflanzen im Garten [Gärtnereien](#)
 - Nervt Sie Plastikgeschirr? [Abhilfe](#)
 - Mein, Dein, Unser Regiobier
 - Besser essen mit Gout Mieux
 - Umwelt- Natur- und Regioadressen
- Und vieles andere

Einladung:

**10 Jahre
Banntag Liestal
5. Rotte**

**5. Mai 2005, 11^o Uhr
Törli Liestal**

**Mitbringen :
Hut mit Blumen, Mittagslunch**

Es wird wieder einen attraktiven Wettbewerb mit Preisen geben, Wissenswertes und einen sportlichen Teil, wie üblich.

Auch ein Rottenwirt steht wieder zur Verfügung...und sonst noch ein paar Überraschungen.

**Im Namen der 5. Rotte :
Esther Maag und Ruedi Basler**